

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

31.5.1932 (No. 124)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Verlags-
Nr. 958
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassentabell gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Dienststellen, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihe für Baden, Badischer Zentralanleihe für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Wissenschaft, Badische Volkshochschulen, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

25 Jahre Badische Landwirtschaftskammer Eine Jubiläumsschrift

Die Badische Landwirtschaftskammer benutzte die Gelegenheit einer Vorbefähigung der D.V.G.-Ausstellung in Mannheim durch die Presse, um der Öffentlichkeit die Schrift „25 Jahre Badische Landwirtschaftskammer“ zu übergeben, die sie aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens herausgegeben hat. In Anbetracht der gegenwärtigen schweren Zeit hat die Kammer von jeder Feier ihres Jubiläums abgesehen. Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, sagt deshalb in seinem Vorwort, daß die Badische Landwirtschaftskammer mit dieser Schrift allen denen, die mit der Kammer zusammengearbeitet haben, und denen, die Interesse an ihrer Arbeit haben, einen Einblick in ihre mannigfaltigen Aufgaben geben will.

Dies geschieht einmal in einem geschichtlichen Rückblick des langjährigen geschäftsführenden Direktors der Badischen Landwirtschaftskammer, Herrn Oekonomierat Dr. Dr. h. c. Karl Müller, der die Geschäfte der Badischen Landwirtschaftskammer von ihren ersten Anfängen bis zum Jahre 1926 geführt hat. Danach wurde die Kammer durch badisches Landesgesetz vom Jahre 1906 geschaffen und trat vor nunmehr 25 Jahren, im Juni 1907, zu ihrer ersten Vollversammlung in Karlsruhe zusammen. Wir erfahren von den ersten zaghaften Schritten dieses neuen Selbstverwaltungskörpers, der sich mehr und mehr entfaltet, und dem immer weitere Aufgabengebiete zugewiesen wurden. Wir hören, daß die Kammer in der Kriegszeit zu ganz anderen Aufgaben, vor allem in der Versorgung der Bevölkerung, herangezogen wurde, und wie dahinter häufig die eigentlichen Arbeiten einer Landwirtschaftskammer zurücktreten mußten. Wir hören endlich, wie sie schließlich in der Nachkriegszeit mehr und mehr die Förderungstätigkeit der badischen Landwirtschaft wurde mit dem Aufgabekreis, der in unserer heutigen Kriegszeit der öffentlichen Berufsvertretung dieses Standes zufällt.

In einem zweiten Teil der Schrift wird der gegenwärtige Stand der Arbeiten der Badischen Landwirtschaftskammer aufgezeigt. In einer Einleitung weist der derzeitige geschäftsführende Direktor der Kammer, Dr. von Engelberg, darauf hin, daß trotz aller Veränderungen die Grundzüge in der Arbeit der Kammer aus ihren früheren Jahren auch heute noch eingehalten werden. Zwar sind alle die wirtschaftlichen Unternehmungen, die die Kriegszeit für die Kammer mit sich gebracht hat, heute wieder abgestoßen und haben der reinen Förderungstätigkeit Platz gemacht. Diese aber hat vielfach eine neue Richtung bekommen, was am deutlichsten wohl in der Unterordnung aller technischen Maßnahmen unter dem einen Gedanken, den der Wirtschaftlichkeit, zum Ausdruck kommt. So sind auch früher kaum beachtete Fragen, wie die des Absatzes, der Werbung, die Marktforschung, die Standardisierung usw., in den Vordergrund gerückt. Dazu kommt eine starke Betonung des Grundgesetzes der Qualitätsproduktion, alles Dinge, die auch in der reinen Technik der einzelnen Maßnahmen ihren Widerhall finden, wie insbesondere in der Betonung der Leistung in der Tierzucht, an Stelle der früheren Beurteilung nach dem Exterieur. Eine besondere Note findet die Arbeit der Kammer durch ihre Beratungstätigkeit auf den verschiedensten Gebieten, die heute vor allem auch durch die bäuerlichen Versuchsringe einen ganz großen Teil der bäuerlichen Betriebe erfährt.

In einer Reihe von Einzelberichtigungen wird dann der Arbeit der Kammer auf den einzelnen Arbeitsgebieten gedacht, wie der Volls- und Betriebswirtschaft, der Tierzucht, des Pflanzenbaues, Weinbaues, Obst- und Gartenbaues, der Forstwirtschaft, der erwähnten Beratungstätigkeit in mannigfacher Hinsicht und schließlich der Arbeit auf den Versuch- und Lehrgütern der Kammer. Eine Reihe von Abbildungen verdeutlichen das in der Schrift Gesagte.

Die Reichseinnahmen im Rechnungsjahre 1931 7,8 Milliarden Einnahmen — 8,2 Milliarden veranschlagt

W.D. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Im Rechnungsjahr 1931 (bis 31. März 1932) sind im Deutschen Reich an Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt 7.790,04 Millionen Reichsmark aufkommen gegen 8.944,2 Millionen Reichsmark im Rechnungsjahr 1930. Im Reichshaushaltsplan war die Einnahme für das Rechnungsjahr 1931 auf 8.172 Millionen Reichsmark veranschlagt. Im einzelnen entfallen auf die Volls- und Verkehrssteuern 1931 5.001,11 (veranschlagt 5.072,5) Millionen Reichsmark gegen 5.879,6 Millionen im Rechnungsjahr 1930, und auf die Zölle und Verbrauchsabgaben 2.788,93 (veranschlagt 3.099,5) Millionen Reichsmark gegen 3.064,6 Millionen Reichsmark.

Letzte Nachrichten Die Regierungskreise im Reich Fortsetzung der Parteiführerempfänge

W.D. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Reichspräsident v. Hindenburg setzte am heutigen Dienstagvormittag die Besprechungen für die Regierungsneubildung fort. Zunächst erschien der Führer des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, beim Reichspräsidenten. Im folgenden für die Deutschnationale Volkspartei die Abg. Dr. Eugenberg und Dr. v. Winterfeld.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichstagspräsidenten Loh, sodann Wels und Dr. Weizsäcker und später Adolf Hitler mit dem Abg. Göring.

Die Haltung des Zentrums

W.D. Berlin, 31. Mai. (Priv.-Tel.) Bisher haben alle Parteien, mit deren Vertretern der Reichspräsident gesprochen hat, erkennen lassen, daß sie bereit sind, an der Lösung der Regierungskrise mitzuwirken. Jedoch haben die Führer des Zentrums erklärt, daß ihre Partei nicht in der Lage sei, sich an irgendeiner Kombination zu beteiligen. Die Stimmung geht beim Zentrum offenbar dahin, zunächst abzuwarten, wie die neue Regierung ausfällt. Eine positive Beteiligung des Zentrums an dem Präsidialkabinet kommt aber nach diesen Erklärungen nicht in Frage. Dadurch würde freilich die Koalitionsbasis des neuen Kabinetts im Reichstag vorläufig nicht geschwächt, aber es gilt, und das wird in maßgebenden Kreisen sehr bedauert, nun als sicher, daß keine Hoffnung mehr besteht, Dr. Brüning für das Auswärtige Amt zu gewinnen, wie es dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprochen hätte. Selbstverständlich wird der Reichspräsident heute nachmittags seine Bemühungen in der bisherigen Linie fortzuführen, und man rechnet weiter damit, daß er ihm bis heute abend gelangt, soweit Klarheit zu schaffen, daß er morgen mit den Persönlichkeiten in Rücksprache nehmen kann, die nach seiner Auffassung in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.

Die Nationalsozialisten verlangen Reichstagsauflösung

W.D. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Wie dem W.D.-Büro von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nahmen die Besprechungen Adolf Hitlers und Görings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident v. Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen dürfte Hitler erklärt haben, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar sein würde, die den Charakter einer Kompromißregierung haben würde. Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde.

Im übrigen verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Kandidatur des Grafen Westarp für das Kanzleramt in den Hintergrund getreten sei, und daß man jetzt an den rechtsgerichteten Zentrumspolitiker v. Papen denke. Adolf Hitler dürfte jedoch auch darüber keinen Zweifel gelassen haben, daß v. Papen gleichfalls nicht auf eine Zulassung durch die Nationalsozialisten rechnen könne.

In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung offenbar so, daß zunächst ein Kabinet unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse. Die Einberufung des Reichstages würde dann allerdings so verzögert werden müssen, daß die Neuwahlen, die nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden haben, erst nach der Ernte, also Mitte September, vorgenommen werden könnten. Nach Abs. 2 des Art. 23 müßte der neue Reichstag dann zum ersten Male spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten.

Die Räumung Schanghai

W.D. Schanghai, 31. Mai. (Tel.) Die letzten japanischen Truppen unter Führung des Generals Uyeda werden heute nachmittag eingeschifft werden, um nach Japan zurückgebracht zu werden. In Schanghai werden lediglich insgesamt 100 japanische Polizisten, Land- und Seesoldaten zurückbleiben. Es handelt sich dabei um das japanische Kontingent, das bereits vor den japanisch-chinesischen Zwischenfällen in Schanghai stationiert war.

Der Oberreichsanwalt stellt das Hochverratsverfahren gegen die S.A. ein. Wie an zuständiger Reichsgerichtsstelle mitgeteilt wird, trifft die vom „Nationalsoz. Pressebüro“ verbreitete Meldung zu, daß das gegen die ehemalige S.A. in die Wege geleitete und auf das von dem preussischen Innenministerium dem Oberreichsanwalt zugeleitete Material gestützte Landesverratsverfahren vom Oberreichsanwalt eingestellt worden ist.

*Der Rücktritt des Kabinetts Brüning

Bereits in der kurzen Unterredung, die der Reichspräsident am Sonntag mit dem Reichskanzler Dr. Brüning gehabt hat, müssen Tatsachen in Erscheinung getreten sein, die Dr. Brüning bewegen haben, mit dem gesamten Kabinet zurückzutreten. Reichspräsident von Hindenburg hat diese Demission angenommen und damit bekundet, daß er die Bildung eines völlig neuen Kabinetts unter neuer Führung wünscht.

Dieser weittragende Entschluß ist sicherlich dem Reichspräsidenten nicht leicht gefallen. Gehörte Herr von Hindenburg doch gerade zu den Männern, die sich am allerstärksten und aus nächster Nähe von der überragenden Bedeutung Brünings, von seinen hohen Eigenschaften als Staatsmann und Mensch überzeugen konnten. Es mußten also sehr ernste Beweggründe vorgelegen haben, wenn sich der Reichspräsident dennoch zu einem Kurswechsel entschloß. Die Gesamtdemission des Kabinetts bedeutet natürlich einen solchen Kurswechsel. Und die Frage ist nur die, ob der neue Kurs sogleich unter der Führung der äußersten Rechten einsetzt wird, ob man erst noch eine Zwischenlösung auf der Basis einer mehr überparteilichen, aber scharf nach rechts tendierenden Kabinettsbildung versucht.

Wenn jetzt hier und da in der Brüning nahestehenden Presse Stimmen laut werden, die den Rücktritt des Kabinetts als eine Folge von Intrigen und kamarillaartigen Bestrebungen hinstellen, so möchten wir mit allem Nachdruck vor der Verbreitung solcher Auffassungen warnen. Herr von Hindenburg, der sich den Entschluß einer Trennung von Brüning abtrug, ist noch immer derselbe, der als der erprobte Hüter von Recht und Verfassung, als der kluge und rein nach sachlichen Gesichtspunkten entscheidende Staatsmann vor einigen Wochen, am 10. April, von einer imposanten Mehrheit des deutschen Volkes zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Es hieße, die ganze Parole des Wahlkampfes nachträglich entwertet, wenn man jetzt die Dinge so darstellen wollte, als ob es einer im Dunkeln arbeitenden Kamarilla gelungen wäre, Herrn von Hindenburg gegen das Kabinet Brüning einzunehmen und so dessen Sturz herbeizuführen. All unser schmerzliches Bedauern über das Ausscheiden Brünings hat selbstverständlich doch ihre Grenze zu finden, wo die Rücksicht auf die Autorität des Reichspräsidenten und die Überzeugung von der Lauterkeit und Sachlichkeit seiner Motive beginnt. Es ist ein Vorgang der Tragik, daß hier zwei Männer sich trennen mußten, die sich beide in vaterländischen Ernst ihres Wollens und in der Unverfehrtheit ihres Charakters so vollkommen ebenbürtig waren. Die Entwicklung der Politik, das Auftreten gewisser, harter Tatsachen: sie allein sind schuld daran, daß es zu dieser Trennung kommen mußte.

Man wird den Rücktritt Brünings also mit Schmerz und mit tiefem Bedauern hinnehmen, sich aber gleichzeitig dabei vor dem Gefühl der Verärgerung und der Verbitterung hüten. Schon im Hinblick auf die Autorität des Reichspräsidenten, die wir gerade in dieser Krisis so dringend gebrauchen! Das war es ja, was die Millionen an die Urne trieb und sie veranlaßte, bei der Reichspräsidentenwahl Herrn von Hindenburg ihre Stimme zu geben, daß sie sich sagten: „Hier ist der Mann, der uns in diesen Zeiten furchtbarster Bedrängnis den Geist der Ordnung, der Gesetzmäßigkeit und der charaktervollen Festigkeit verkörpert, hier ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, hier ist die Persönlichkeit, die nimmer wanken wird und nimmer den Fuß vom Pfad der Sachlichkeit setzt; und diesen Mann wollen wir deshalb wählen!“ Und daß das Ausland ähnlich dachte, wußte man zur Genüge. Wer es also mit dem Vaterlande gut meint, der kann in dieser kritischen Stunde nur immer wieder darauf hinweisen, daß, mag auch leider der Steuermann das Schiff verlassen haben, der Kapitän noch fest auf seinem Posten steht, und daß dieser Kapitän uns und dem Auslande weiterhin eine Fahrt garantiert, die nicht in die Klippen und Untiefen des Abenteuers hineinführt.

Das Bedauern über den Rücktritt Brünings, über sein einstweiliges Ausscheiden aus der amtlichen Politik des Reiches wird sich dann, wenn diese Pflicht der Loyalität

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 26. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Dem Reichsoberhaupt gegenüber erfüllt ist, um so rückhaltloser äußern können. Noch nie sind einem gestürzten Kanzler derartig ehrenvolle Nachrufe von den Zeitungen aller Parteien gewidmet worden, wie Brüning. Überall gelangt in der Presse die große Hochachtung zum Ausdruck, die sich der Reichskanzler allenthalben erworben hat. Und diese Hochachtung ist auch dort zu finden, wo man seine Politik selbst kritisieren zu müssen glaubte. Selbst in Blättern der Opposition wird gelegentlich der Gedanke erörtert, daß Heinrich Brüning, wenn er ganz allein nach seinen Erkenntnissen, ganz allein nach seinen Wünschen hätte regieren können, sicherlich eine Leistung zustande gebracht hätte, die auch den Gegnern Zustimmung abgenötigt hätte.

Die Frage ist jetzt die: Wie soll das neue Kabinett aussehen? Aus Berlin verlautet, der Reichspräsident wünsche die Bildung eines „Kabinetts“, das aus lauteeren und tüchtigen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die den Parteien und Gruppen vom Zentrum bis zur äußersten Rechten nahe stehen. Es wird daran gedacht, daß ein solches Kabinett von nationalsozialistischer Seite toleriert werden könnte. Demgegenüber fordern die Nationalsozialisten, wie aus ihrer Presse hervorgeht, nach wie vor die sofortige Auflösung des Reichstags. Der Reichspräsident wird sich dazu wohl nur sehr schwer entschließen können, da die neuen innerpolitischen Kämpfe eine Beunruhigung bringen müßten, die in diesem Augenblick, wo wir vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen stehen, bedenklich wäre.

Reichspräsident von Hindenburg hat die Lösung der Kabinettskrise bereits gestern energisch in die Hand genommen, indem er zunächst den Reichstagspräsidenten und dann streng nach parlamentarischem Brauch die Führer der Parteien empfing. Diese Empfänge sind noch nicht abgeschlossen. Gestern unterhandelte er zunächst mit den Führern der Sozialdemokratie und dann mit Herrn Hitler, in dessen Begleitung sich der Abgeordnete Göring befand. Wie die nationalsozialistische Presse meldet, wurde gestern abend außer der Reihe noch der Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion, Staatsminister a. D. Dr. Fried, vom Reichspräsidenten empfangen. Da die Besprechungen sehr lange dauerten, seien sie unterbrochen, und ihre Fortsetzung für Dienstag vormittag angelegt worden. Wenn man so will, kann man aus dieser Tatsache besonderer Besprechungen mit den Nationalsozialisten ganz bestimmte Schlüsse ziehen.

Bemerkenswert ist übrigens der Umstand, daß die Börse nicht ungünstig auf die Entscheidung des Reichspräsidenten reagiert hat. Man sieht in Berlin darin einen Beweis für das Vertrauen zur Person des Reichspräsidenten.

Von den ausländischen Pressestimmen interessieren vor allem die französischen. Das Urteil ist hier keineswegs einheitlich. Die nationalsozialistische „Liberté“ schreibt, es sei vielleicht besser, daß die wirklichen Beauftragten des wahren Regenten Deutschlands, nämlich Hitlers, Deutschland auf der Abrüstungskonferenz und auf der Lausanner Konferenz vertreten. — „Victoire“ meint, Frankreich hätte das Anschwellen der Hitler-Bewegung verhindern können, wenn es rechtzeitig die notwendigen Konzessionen gemacht hätte. — „Petit Parisien“ erklärt, jetzt sei der Schleier gefallen, und wenn man nun den Dingen ins Antlitz sehen könne, so sei das vom internationalen Standpunkt aus eigentlich besser. — „Journal“ hält es für bedauerlich, daß sich die politische Lage in Deutschland so entwickelt habe. Allein, es sei noch immer besser, klar zu sehen, gerade jetzt, wo Frankreich selbst beginne, sich über seine politische Orientierung schlüssig zu werden und sich anschieße, nach Lausanne zu gehen. Hoffentlich würden die kommenden Männer in Frankreich auf der Hut sein und Deutschland so sehen, wie es wirklich ist. — „Debra“ wirft die Frage auf, mit wem Frankreich in Lausanne verhandeln werde, und antwortet, mit einem gewissen Deutschland, das hoffentlich wissen werde, was es wolle, und das sei wenigstens ein-

deutig. — Auch „Coe Nouvelle“ ist der Ansicht, daß die Lage wenigstens den Vorteil habe, klar zu sein. Das Blatt spricht übrigens davon, daß man von der Weimarer Politik nur noch als von einer Erinnerung reden könne. — Der sozialistische „Populaire“ schreibt, Hitler warte auf seine Stunde. Für ihn sei das kommende Ministerium nur ein Übergangskabinet. — „Aber wie dem auch sei: Trübe Tage erwarten Deutschland. Die letzte republikanische Regierung hat ausgelebt.“ — Die radikale „République“ erklärt, es sei kein Grund, nervös zu werden; es gelte, sich mit dem notwendigen Ernst Klarheit über Deutschland zu verschaffen und aus den Dingen, die dort geschähen, den Schluß zu ziehen, daß die französisch-italienische Annäherung vorbereitet und vollendet werden müßte. — Der nationalsozialistische „Figaro“ schreibt, man erlebe in Deutschland heute die Rückkehr zur Vorkriegszeit. Eine neue Ära deutscher Politik beginne. Der alte preussische Geist der Junker und der militärischen Elemente wird aufs neue in Deutschland regieren. — „Ami du Peuple“ erklärt, der erzwungene Rücktritt des Kabinetts Brüning eröffne den gefährlichen Möglichkeiten Tor und Tür.

Die Regierungskrise im Reich Das Schicksal des Reichshaushalts

Das zurückgetretene Kabinett Brüning hat den Haushaltsplan für 1932 nicht mehr endgültig fertigstellen können, denn gerade die Meinungsverschiedenheiten über die Deduktion des Fehlbetrages haben zum Sturz des Kabinetts geführt. Ein geschäftsführendes Kabinett, wie es die Regierung Brüning nunmehr ist, kann jedoch nach parlamentarischem Brauch keine wichtigen Gesetze, also auch keinen Etat, dem Parlament vorlegen. Bis Ende Juni ist der Haushaltsplan des Reiches zu sichern. In der Zwischenzeit ist jedoch die Neubildung der Regierung und die endgültige Aufstellung eines Haushaltsplanes nicht mehr möglich. In parlamentarischen Kreisen rechnet man daher damit, daß mindestens für einen Monat ein Übergangsetat notwendig werden wird, der der geschäftsführenden Regierung oder dem neuen Kabinett lediglich die Ermächtigung zur Leistung eines bestimmten Ausgabenteiles des alten Etats gibt.

Reichstagsausschüsse vorläufig ausgeföhrt

Die politischen Ereignisse haben zu einer vorläufigen Unterbrechung der Arbeiten der Reichstagsausschüsse geführt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstages, Abg. Heimann (Sozdem.), hat diesen Ausschussmitgliedern mitgeteilt, daß wegen der politischen Ereignisse die auf heute, Dienstag, anberaumte Sitzung des Haushaltsausschusses aufgeschoben werde. Ein Termin für den Wiederbeginn der Arbeiten ist noch nicht genannt. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Reichstagsausschüsse vorläufig ihre Tätigkeit unterbrechen.

Mit Rücksicht auf die ungeklärte politische Lage erwartet man in parlamentarischen Kreisen, daß in der Sitzung des Ältestenrates des Reichstages am heutigen Dienstagmorgen noch kein Beschluß über die Einberufung des Reichstages selbst gefaßt werden wird. Man nimmt vielmehr an, daß der Reichstag erst zu einem späteren Termin als dem bisher vorgesehenen 6. Juni wieder zusammentreten wird.

RDZ. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Der Steueraussschuß des Reichstages trat heute angeht der politischen Lage nicht in die Beratung der wichtigen Tagesordnungspunkte, wie Verbot der Kopfsteuer, Offenlegung der Steuerlisten usw., ein, sondern er beschloß mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten, nur Petitionen zu behandeln. — Die Sitzung des Haushaltsausschusses, die für Dienstag angelegt war, fand in Anbetracht der politischen Lage überhaupt nicht statt.

Amerikanische Stimmen

WTB. New York, 31. Mai. (Tel.) Während „Herold Tribune“ seinen Leitartikel mit „Deutschland geht nach rechts“ überschreibt, meint „Times“, daß dieser Regierungswechsel in Deutschland nicht so föhrende Wirkungen haben dürfte, als viele anzunehmen geneigt seien. Der „starke Turm“, Hindenburg könne nicht so leicht unterminiert werden. Auf der anderen Seite könnte jetzt aber der Aufgabenkreis der Lausanner Konferenz erweitert werden, so wie es bereits von Macdonald bekräftigt worden war. Die französischen und englischen Staatsmänner müßten jetzt die Notwendigkeit einsehen, über eine bloße Distinon des Reparations- und Kriegsschuldenproblems hinauszugehen und die europäische Wirtschaft, sowie das Vertrauen der Staaten untereinander wieder herzustellen. Wenn die Konferenz in Lausanne durch die gegenwärtige politische Lage bis zu einem gewissen Grade in ein kritisches Stadium geraten sei, dann gerade sei sie um so notwendiger.

„Kosmos und Mensch“ (Verlag Dr. Steffens & Co., Hamburg).

In seinen Schriften schildert Alexander Müller in überzeugender Weise, daß des Menschen Gesundheit und Schicksal mit dem Kosmos verbunden, also unlösbar in das elektromagnetische Kraftfeld des Universums eingeschaltet ist. Die unbestreitbaren großen Erfolge seiner Arbeiten und Therapie haben Alexander Müller einen Welttruf verschafft.

Medizinrat Dr. med. Wölflinger.

Zum Tode Dr. Hans Kampffmeiers. Während die Gartenstadt Karlsruhe-Ruppurr zu ihrem 25jährigen Jubiläum rüstet, das in den nächsten Wochen stattfinden soll, kam aus Frankfurt am Main die Trauerkunde, daß der Gründer der Bewegung gestorben ist. Kampffmeier, der aus Raumburg a. d. Queis stammt, war früher Gartenarchitekt und Maler, und kam erst vor etwa 30 Jahren nach Karlsruhe, wo er den Gartengedanken propagierte. Nebenbei studierte er Nationalökonomie und promovierte in Heidelberg. Als der badische Staat einen Landeswohnungsrat für das gesamte Wohnwesen suchte, fiel die Wahl auf Dr. Kampffmeier, der diesen Posten bis zum Jahre 1920 ausfüllte. Dann trat der Verstorbenen in die Dienste der Stadt Wien und wurde vor wenigen Jahren Generalsekretär des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen mit dem Sitz in Frankfurt a. M. Kampffmeier, der durch seine Sprachkenntnisse und seine ausgebreiteten Vortragsreisen im In- und Ausland einen großen Kreis von Freunden und Verehrern hatte, wird bei der Förderung des Siedlungs- und Städtebaues eine fühlbare Lücke hinterlassen.

Schillings Präsident der Berliner Akademie der Künste. In der Montagssitzung der Berliner Akademie der Künste wurde der Komponist Max von Schillings mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Schillings tritt damit die Nachfolge Max Liebermanns an.

Der Eröffnung der neuen französischen Kammer Ein Minderheitskabinet Herriot ohne die Sozialisten?

WTB. Paris, 31. Mai. (Tel.) Die am 1. und 8. Mai neu gewählte französische Kammer tritt morgen mittag zu ihrer Konstituierung zusammen. Die endgültige Gliederung der Fraktionen ist noch nicht erfolgt. Namentlich die Parteien, die man zur Mitte rechnet, haben sich noch nicht endgültig konstituiert. Auch innerhalb der links-republikanischen Gruppe Lardieu ist man sich noch nicht ganz einig, da etwa 20 Abgeordnete sich noch nicht darüber entschieden haben, ob sie bei der Fraktion bleiben, oder sich weiter nach links orientieren sollen. Erst in der übernächsten Woche dürfte über die Parteigruppierung endgültig entschieden sein. Bevor diese Entscheidung gefallen ist, kann man auch nicht mit Bestimmtheit sagen, auf welche Stimmgahl ein auf radikal-sozialrepublikanischer Grundlage gebildetes Minderheitskabinet Herriot rechnen kann, das bis zum Augenblick als das Wahrscheinlichste zu gelten hat.

Die französischen Sozialisten grundföhlig zur Regierungsbeteiligung bereit

WTB. Paris, 31. Mai. (Tel.) Im Resolutionsausschuß des sozialistischen Parteitagess brachte Léon Blum einen Entschlußtext ein, der 24 Stimmen gegen 14 auf sich vereinigte, und folgendermaßen lautet:

„Die Partei ist der Ansicht, daß der Ernst der außen- und innenpolitischen Lage es ihr nicht gestattet, ein Angebot der Radikalen Partei zur Zusammenarbeit in der Regierung mit einem glatten Nein zu beantworten. Eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien steht aber notwendigerweise dem gemeinsamen Programm voraus.“ Die Sozialistische Partei stellt dazu ein Aktionsprogramm auf.

Dem Unterausschuß, der die hier anzuführenden Programmpunkte erst noch ausarbeiten soll, gehören u. a. an Léon Blum, Vincent-Auriol und Renaudel.

Die Eröffnung der Mannheimer Ausstellung Begrüßung der DLG-Gäste durch die Stadt Mannheim

Im reichgeschmückten Nibelungensaal des Mannheimer „Hofgartens“ fand am Montagabend die Begrüßung der Mitglieder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft durch die Stadt Mannheim, statt. Künstlerische Vorbereitungen umrahmten den Festakt. Oberbürgermeister Dr. Geimerich begrüßte die Gäste und erinnerte an die erste DLG-Ausstellung, die am 5. Juni 1902 in Mannheim stattfand. Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer und Vizepräsident des Ausstellungsausschusses, Dr. h. c. Graf Douglas, Langenstein, dankte im Namen der Aussteller der Stadt.

Minister Schiele's Glückwunsch

Zu der Eröffnung der DLG-Ausstellung sandte Minister Schiele ein Telegramm, worin er mitteilte, daß ihm die politische Lage die Teilnahme an der Eröffnung der DLG-Schau nicht ermöglichte. Die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft müsse als eine starke Kundgebung unermüdbarer deutscher Energie gewürdigt werden. Sie sei ein besonders prägnanter Beweis für den Einfluß der deutschen Bauernkraft und des höchsten nationalen Zielwillens, die Ernährungsgrundlage unseres Volkes zu erhalten und zu festigen.

Kurze Nachrichten

Amtsenthbung eines Hochschullektors. Der Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig, Prof. Schmitz, ist seines Amtes enthoben worden. Es ist ein Dienstfahrlösereignis mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen ihn eingeleitet worden. Der „Braunsch. N. N.“ zufolge, liegen der Maßnahme politische Motive nicht zugrunde. Die Gründe sollen allein sachlicher Art sein. Prof. Schmitz befindet sich seit Anfang des Monats auf einem längeren Erholungsurlaub. Nachfolger wurde Direktor des botanischen Instituts, Prof. Dr. Gustav Gafner.

Die Berufungsverhandlung in dem zweiten Heim-Förster-Projekt in Frankenthal ist jetzt auf den 28. Juni vor der 1. Strafkammer beim Landgericht Frankenthal festgesetzt worden. Der Verurteilte selbst hat die angeregte Einreichung eines Gnadengesuchs abgelehnt.

Die Lohnordnung für den Ruhrbergbau ist durch Schiedspruch um zwei Monate unverändert verlängert worden.

Papst Pius XI. feiert am heutigen 31. Mai seinen 75. Geburtstag.

Staatliche Begrenzung der Direktorengelöhler in Polen. Die polnische Regierung kündigt an, daß in nächster Zeit eine Verordnung des Staatspräsidenten die Einkünfte der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in den Großunternehmungen von Industrie und Handel auf ein bestimmtes Höchstmaß beschränken wird. Auch die Gehälter der leitenden Angestellten in der Privatindustrie sollen durch diese Verordnung geregelt werden.

In den drei Wiener Hochschulen kam es am Montag zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen Studenten und ihren politischen Gegnern. Die Unversität wurde geschlossen.

Kleine Chronik

Der Notterdamer Aero-Club gibt bekannt, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“, vorbehaltlich der Zustimmung der holländischen Behörden, binnen kurzem mehrere Fahrten über Holland ausführen wird, wobei auf dem Notterdamer Flughafen und auf dem neuen Flughafen im Industriebezirk von Twente Landungen vorgenommen werden sollen. Die in Friedrichshafen an Bord gehenden Fluggäste werden in Holland aussteigen können und neue Bahrgäste erhalten Gelegenheit zum Einsteigen.

Ein Flugzeug, mit dem der New-Yorker Flieger Nat Browne von Seattle (Kalifornien) nach Tokio gestartet war, geriet in Brand, als ihm mittels einer Schlauchleitung über dem Meer Betriebsstoff von einem anderen Flugzeug zugeführt wurde. Das Flugzeug stürzte ins Meer. Browne konnte gerettet werden.

Bei Burscheid wurden einige Nationalsozialisten Dienstag früh gegen ein Uhr von Kommunisten beschossen, als sie von einer Kundgebung in Wermelskirchen durch Hilgen kamen. Dabei wurde der Nationalsozialist und Polizeibeamte a. D. Lehrer getötet. Drei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt. Es soll sich um einen Mordakt wegen der bekannten Vorfälle in Siedeswagen am 13. März handeln.

Alexander Müller †

Der angehende Naturwissenschaftler und Chemiker Alexander Müller in Bad Kreuznach erlag vor kurzem im 62. Lebensjahre plötzlich einem Schlaganfall. Seit Jahrzehnten haben seine geistvollen, neuen und interessanten Theorien über die Einflüsse kosmischer und irdischer Strahlen auf den Organismus die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. Seine Forschungen über die Beziehungen zwischen Kosmos und Mensch begründeten seine Erkenntnisse über die Entstehung und Verhütung von Krankheiten, u. a. von Krebs, Tuberkulose und Diabetes. Das Problem der Bekämpfung der dem Organismus schädlichen Strahlen führten ihn zu seiner Theorie, durch Elektrolithe die Nerven und Gefäße zu regulieren und dadurch ein den normalen kosmischen Schwingungen entsprechendes Gleichgewicht im Organismus zu erzielen. Es ist ihm gelungen, Elektrolithe zu schaffen, die eine hervorragende, gefäß- und nervenregulierende und gleichzeitig eine blutreinigende und antibakterielle Wirkung haben. Diese Elektrolithe, die nach seinem Verfahren in den von ihm geschaffenen Kreuznacher Werken hergestellt werden, sind seit vielen Jahren unter dem Namen „Sedelen-Präparate“ (überseht: Fäulniszerstörer) im In- und Ausland verbreitet. Auf seinen Erfahrungen, Theorien und Erkenntnissen aufbauend, begründet Alexander Müller in Verbindung mit seinen wertvollen physikalischen Arbeiten über die menschliche Ernährung seine eigene Therapie: „Die Sedelen-Therapie“.

Alexander Müller ist bekannt geworden durch seine vielen Vorträge. Seine Arbeiten über die Entstehung und Verhütung von Krankheiten, bei denen er nicht an die allgemeinen gültigen Grundsätze anknüpfte, sondern eigene Wege ging, veröffentlichte er in einer Reihe von Schriften, und er ist auch mit Arbeiten auf astrologischem und geophysikalischem Gebiet hervorgetreten. Eine seiner bekanntesten Schriften heißt:

Badischer Teil

Die deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen

Ausführungen von Dr. Gadelberger

In der „Freib. Tagesp.“ beschäftigt sich der bekannte Industrielle Dr. Dr. A. Gadelberger mit den deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen. Er untersucht zunächst an Hand der Handelsstatistik den Umfang des deutsch-schweizerischen Handelsverkehrs und stellt fest:

„Diese Zahlen besagen, daß es im Notfalle der deutschen Volkswirtschaft leichter fallen würde, auf ihren Export nach der Schweiz völlig Verzicht zu leisten, als umgekehrt die Schweiz sich damit abfinden könnte, den deutschen Markt zu verlieren.“ Gewiß dürfte man auch von deutscher Seite der schwierigen Situation nicht jedes Verständnis verweigern. Ein Passivsaldo von 461,6 Mill. Franken allein gegenüber Deutschland könnte für die verantwortlichen Kreise des Landes Veranlassung zu einiger Nervosität sein, auch wenn man berücksichtigt, daß diese auf den ersten Blick zweifellos besorgniserregende Entwicklung durch eine stark aktive Zahlungsbilanz gemildert werde. Allein der Export aus dem deutschen Fremdenzukunft mit rund 110 Mill. Franken mildere den Passivsaldo der deutsch-schweizerischen Handelsbilanz schon allein um reichlich ein Viertel ab.

Vom Standpunkt der süddeutschen Wirtschaft aus besteht das fernere besonders Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß insbesondere in der näheren Grenzzone Hunderte von Millionen Schweizerischen Kapitals in fast allen vorliegenden Industriezweigen den Arbeitsmarkt dieser Grenzgebiete auch in der schärfsten Krise auf einer Höhe durchhielten, auf der sie sonst nur in wenigen deutschen Wirtschaftsbezirken durchgehalten werden konnte.

Aber auch die Abwägung all dieser Gesichtspunkte, so stellt Dr. Gadelberger fest, wird den ruhigen und objektiven Beurteiler nicht von der Feststellung abhalten können, daß die Schweiz mit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages, mit Zollserniedrigungen und Einfuhrkontingentierungen sich auf eine Linie festgelegt hat, die einem auf die Auslandsmärkte angewiesenen Bearbeitungsland, wie die Schweiz es darstellt, wenig anseht und auch wenig Freude bringen dürfte.

Dr. Gadelberger kommt zu dem Schluß, daß ein so in die Weltwirtschaft hineingelochenes Land, wie die Schweiz, doch schlecht beraten gewesen sei, wenn es in die Reihen derjenigen Staaten einschwenkte, die durch handelspolitischen Protektionismus den internationalen Gütertausch mit Gewalt zerrissen. Nachdem der Vorwurf lukrativer Verwertung gegenüber Deutschland auch von Schweizer Seite erhoben worden sei, werde man auch unfererseits darauf hinweisen dürfen, daß die Ausgaben des Bundes (1913 = 100) 1930 auf 408 und der Kantone auf 288 stünden. Wie denn auch sei, es sollte der Versuch möglichst bald unternommen werden, die Ausbalancierung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zweier Länder durch Handelsverträge zu erzielen.

Die Wahl zur evang. Landesynode

Der Evangelische Oberkirchenrat hat seinen eine Bekanntmachung zur Wahl der Landesynode, die am Sonntag, den 10. Juli 1932 stattfindet, erlassen. Danach sind zu Kreiswahlleitern ernannt Dekan Schäfer, Freiburg (Stellvertreter: Verwaltungsdirektor Schwarz, Freiburg), für den ersten, Dekan Stiefelreiter, Kirchengau Kerner, Karlsruhe (Stellvertreter: Finanzrat Waas, Karlsruhe), für den zweiten, Dekan Kirchengau Kerner, Pforzheim (Stellvertreter: Finanzrat Waigel, Pforzheim) für den dritten, Dekan Kirchengau Kerner, Mannheim (Stellvertreter: Oberrechnungsrat Landes, Mannheim) für den vierten, Dekan Eberhardt, Redargerach (Stellvertreter: Finanzrat Guttentag, Mosbach) für den fünften Wahlkreis. Der Kreiswahlleiter bildet zusammen mit den Vertrauensmännern der Einzelkirchen der Wahlbezirkslisten den Kreiswahlausschuss.

Die Wählerliste oder Wahlkarte ist während einer bestimmten Frist — etwa einer Woche — die mit dem achten Tage vor der Wahl (Samstag, den 2. Juli 1932) abläuft, unter Aufsicht aufzulegen. Ort und Zeit der Auflegung ist durch Veröffentlichung von der Kanzel und in örtlicher Weise öffentlich bekanntzumachen. Für die Aufnahme in die Wählerliste ist die Staatsangehörigkeit gleichgültig. In eine Wählerliste sind diejenigen Wahlberechtigten aufzunehmen, die ihren Wohnsitz innerhalb des Kirchspiels haben.

Gewählt werden im 1. und 2. Wahlkreis je 12, im 3. Wahlkreis 11 und im 5. 10 Abgeordnete. Die Wahlvorschlagslisten für die einzelnen Wahlbezirke sind an die dafür zuständigen Kreiswahlleiter bis spätestens Montag, den 20. Juni 1932, abends 6 Uhr, einzureichen. Jede Wahlvorschlagsliste muß von mindestens 50 namentlich aufgeführten Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Liste darf höchstens drei Namen mehr enthalten, als in dem betreffenden Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind. Für jeden Wahlbezirk Stimmrecht wird vom Kirchengemeinderat oder Kirchenvorstand ein Wahlausschuss ernannt. Es ist nicht mehr zulässig, einzelne Bewerber mit einer Vorzugsstimme zu bezeichnen oder zu streichen. Die örtlichen Kosten der Wahl sind von den Kirchengemeinden zu tragen. Alle übrigen Kosten werden von der Landesynodalkasse übernommen.

Uebersetzung von Zeitungen nach Sommerfrischen, Kur- u. Badeorten

Für die bevorstehende Reisezeit werden die nachstehenden Bestimmungen über das Nachsenden von Zeitungen von allgemeinem Interesse sein:

Die durch die Post bezogenen Zeitungen werden auf Verlangen der Bezüge gegen Entrichtung einer Gebühr von je 50 Pf. für jede Zeitung nach einem anderen Aufenthaltsort im Inlande überwiesen. Die Anträge, in denen die Zeitungen stets einzeln aufgeführt sein müssen, sind unter Beifügung der Gebühren in bar oder in Freimarken möglichst 8 bis 4 Tage vor der Abreise bei der bisherigen Zustellpostanstalt zu stellen. Vordrucke zu den Anträgen werden bei den Postanstalten unentgeltlich abgegeben. Es wird noch besonders bemerkt, daß die Uebersetzung einer Zeitung im Inland nicht auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt werden darf, die Zeitungen werden vielmehr so lange nachgeschickt, bis ein Antrag auf Rücküberweisung bei dem Zustellpostamt des letzten Aufenthaltsortes gestellt wird. Die Rücküberweisungen sind gebührenfrei, wenn sie für dieselbe Bezugszeit auszuführen sind, für die Zeitungen am früheren Bezugsort bestellt worden sind.

Wegen Nachsendung von Zeitungen nach dem Auslande werde man sich an die Zeitungsstelle des Postamts. Bei Zeitungen, die nicht durch die Post, sondern durch die Zeitungsfrauen usw. zugestellt werden, ist die Uebersetzung unmittelbar bei den Verlegern zu beantragen.

Die württembergischen Staatsfinanzen. Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1932 betragen bis Ende April die Mehrausgaben im ordentlichen Haushalt 7 594 000 RM.

Selbst den Kindern!

Die Badische Rotgemeinschaft veranstaltet eine Lotterie „Wir wollen helfen!“ Am 15. Juni findet die Ziehung statt. Die Mittel sollen in erster Linie der Kinderfürsorge zugute kommen, welche durch die caritativen Verbände betrieben wird. Die Winterhilfe, die von der Badischen Rotgemeinschaft und den Rotgemeinschaften der einzelnen Städte und Gemeinden durchgeführt wurde, hat in erster Linie Familien erfaßt und dank der Opferbereitschaft, die überall zutage trat, viel Not gelindert. Am meisten Not leidet natürlich die heranwachsende Generation. Wir nähern uns bezüglich des Gesundheitszustandes der Kinder bald wieder jenen besorgniserregenden Verhältnissen der Nachkriegs- und Inflationszeit. Von den Schulärzten wird konstatiert, wie sich der Gesundheitszustand der von ihnen betreuten Kinder durch die herabgesetzte Ernährung verschlechtert. Hilfe muß durch eine großzügige Erhaltungsfürsorge gebracht werden!

Der Ertrag der Lotterie wird auch den Karlsruher Kindern zugute kommen. Die unterzeichneten Verbände betreiben seit Jahren ihre örtliche Erhaltungsfürsorge im Kardinal. Im vergangenen Jahr wurden an 1700 Kinder, die vom Schularzt als erhaltungsbefürftigt befunden waren, während der großen Sommerferien mit 4 Mahlzeiten täglich versorgt. In diesem Jahr werden wieder mindestens ebensoviel Kinder aufgenommen. Zur Durchführung dieser großzügigen Erhaltungsfürsorge, die nicht nur körperliche, sondern auch seelische Hilfe bringt, will auch die Badische Rotgemeinschaft Aufschuß geben. Darum bitten wir unsere Karlsruher Mitbürger:

Selbst unseren Kindern!
Kauft Lose der Badischen Rotgemeinschaft!
Arbeitswohlfahrt: Caritasverband; Caritativ-Fischer; Caritas-Rektor Steimer.
Kunigunde Fischer; Caritativ-Rektor Steimer.
Ev. Jugend- u. Wohlfahrtsdienst: Israelitischer Wohlfahrtsbund; Jugendpfarrer Kappes; Friedrich A. Straus.

Aufhebung des Notariats Gerlachshausen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Das Notariat Gerlachshausen wurde auf 1. Juni d. J. aufgehoben. Die zum bisherigen Notariatsbezirk Gerlachshausen gehörenden Gemeinden wurden dem Notariat Laubersbachshausen zugeteilt.

Gemeinderendenschau

Rund 50 000 Arbeitslose im Bezirk Mannheim. Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 14. Mai insgesamt 44 939 Arbeitslose, davon 34 961 Männer und 9978 Frauen. Die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag (30. April) beträgt 508 Personen. Von den Arbeitsuchenden entfallen auf die Stadt Mannheim 27 217 Männer und 7911 Frauen, auf die Landgemeinden 7744 Männer und 2067 Frauen. Unterstützung haben insgesamt 19 089, und zwar Arbeitslosenunterstützung 7878 und Krisenunterstützung 11 211 Personen. Zu den Unterstützungsberechtigten kamen noch 22 399 ausfallberechtigte Ehegatten und Kinder. Der Neuzugang von Unterstützten beträgt in der Zeit vom 16. April bis 14. Mai 5184, und der Abgang 5991.

Die Arbeitslosenfriedung in Nordbaden. In Anwesenheit des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland, Stuttgart, tagte der geschäftsführende Ausschuss des Arbeitsamts Bruchsal. Die Sitzung hatte den Zweck, die Möglichkeiten der Erwerbslosenfriedung in Nordbaden und im Bezirk Bruchsal mit den maßgebenden Instanzen zu erörtern. Nach einer Besichtigung der Meliorationsarbeiten im Bruchsaler Gelände der Gemeinde Oberhausen, hielt Oberbaurat Sonntag, Heidelberg, einen Vortrag über die Möglichkeiten der Erwerbslosenfriedung in Nordbaden. Anschließend erstatteten die Landesökonomieräte Nösch und Haub Bericht über die Maßnahmen, die zur Umschulung von Fabrikarbeitern in die Landwirtschaft beim Arbeitsamt Bruchsal zur Durchführung gelangen. Die Besprechung ergab Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Förderung der Erwerbslosenfriedung.

Aus der Landeshauptstadt

Vorsicht in Geldgeschäften! Neuerdings sind in Zeitungen wieder besonders viele Anzeigen über Geldvermittlungen und Darlehensangelegenheiten zu finden. Es reihen sich die verlockenden Angebote aneinander. Viele haben sich — oft durch traurige Erfahrungen gewarnt — genügende Zurückhaltung gegen solche Versicherungen und Angebote zu eigen gemacht. Trotzdem gibt es noch manche, die ihr Geld in solche hohe Zinsen anbietende Geschäfte stecken. Nur zu oft sind es lauer verdienende Spargrößen, die dabei draufgehen. Wer heute Geld flüssig hat, der kann nicht dringend genug vor allen Geldgeschäften gewarnt werden, die angeblich besonders hohe Zinsen bringen. Manches einer glaubt, sein Geld durch irgendwelche Deckung (Bürgschaft, Pfandbrief, Hypothek usw.) gesichert zu haben; aber wenn es zur Kasse kommt, dann stellt sich meist heraus, daß die Sicherheiten wertlos oder bereits anderweitig verpfändet sind, und daß die Abmachungen scheinbar bedeutungsvoll, in Wirklichkeit sehr heimtückische Klauseln und Paragrafen enthalten, die den gutgläubigen Geldgeber um seine Ansprüche bringen. Geldgeschäfte setzen ein hohes Maß von Erfahrung, rechtlichen und wirtschaftlichen Kenntnissen voraus; solche Erfahrung haben normalerweise nur Institute, deren eigentliche Aufgabe die Verwahrung und Ausleihung von Geld ist.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Die rasch wechselnde Bitterung dauert auch heute noch an. Eine neu erschienene Phlone wird für ihren weiteren Bestand sorgen. — Voraussage: Fortdauer der kühlen und rasch wechselnden Bitterung mit zeitweisen Regenschauern; frische Südwestwinde.

Wasserstände: Badshut 348 minus 9, Basel 157 minus 13, Schusterinsel 225 minus 12, Rheinweiler 108 minus 8, Rehl 365 plus 17, Marx 537 plus 23, Mannheim 416 plus 10, Gaub über 200 Jtm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Fall Daubmann
Hd. Endingen, a. R., 30. Mai. In dem Befinden des aus der französischen Gefangenschaft zurückgekehrten Oskar Daubmann ist eine leichte Besserung eingetreten, doch hat der Arzt nach wie vor jeden Besuch des Erköpften untersagt. Er wird mindestens noch mehrere Tage der dringenden Ruhe bedürfen, bevor nur einigermaßen von einem erholten Zustand gesprochen werden kann. — Wie der „Bad. Kr.“ mitgeteilt wird, hat das Auswärtige Amt in Berlin auf Grund einer Anfrage der badischen Regierung mitgeteilt, daß die französische Regierung vor Jahresfrist ehrenmörtlich und unbedinglich versichert habe, daß Paul Schwarz, der bekanntlich vor wenigen Wochen nach Rehl zurückgekehrt ist, der letzte in Frankreich inhaftierte deutsche Kriegsteilnehmer sei. In diesem Punkte und auch bezüglich der bisher unwiderprochenen Behauptung Daubmanns, daß es ihm in all den Jahren unmöglich war, Nachrichten in die Heimat gelangen zu lassen, tut Aufklärung noch dringend not.

Ein Nachspiel zum Führer-Prozess

Hd. Badshut, 30. Mai. Vor dem Amtsgericht Schönau hatten sich am Montag bei starkem Andrang des Publikums der prft. Arzt Dr. Gemmeder aus Schönau und Hauptlehrer Widmann aus Hohenfeld zu verantworten. Die Anklage legte ihnen zur Last, daß sie in sogenannten Propagandabriefen der NSDAP die Behauptungen des „Führer“ und des „Kammann“, Dr. Führer habe hochverräterische Bestrebungen verfolgt, weiterverbreitet hätten. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft Badshut erhoben worden. Das Gericht verurteilte Dr. Gemmeder wegen übler Nachrede zu 6 Wochen Gefängnis. Hauptlehrer Widmann wurde mangels Beweis freigesprochen.

Hd. Heidelberg, 30. Mai. Ein im öffentlichen Leben unserer Stadt sehr tätiger Mitbürger, Photograph und Oberinnungsmeister Ernst Gottmann, ist im Alter von 58 Jahren gestorben. Das badische Handwerk verliert in ihm einen verdienten Führer. Die 1912 in Heidelberg veranstaltete Große Deutsche Photographenausstellung war sein Werk. Seit 1929 war er Mitglied des Präsidiums des Landesverbandes.

Hd. Offenburg, 30. Mai. Am morgigen Tag wird Apotheker Wilhelm Löwenhaupt, der seit 1914 hier tätig ist, 60 Jahre alt. Löwenhaupt, der aus Mannheim stammt, ist nicht nur in Fachkreisen geachtet und beliebt, sondern auch als Theaterliebhaber und ganz besonders als Vorstand des weiterverbreiteten deutschen Bundes der Puppenspieler. Als Forscher und Sammler auf diesem Gebiete, der über eine große Sammlung verfügt, als zielbewußter Wegbereiter der Nationentunfts, ist Löwenhaupt's Name überall bekannt.

Hd. Freiburg i. Br., 30. Mai. Der neuernannte Erzbischof Dr. Conrad Gruber wird die Verwaltung seiner bischöflichen Diözese Weihen solange weiterführen, bis für Weihen ein neuer Bischof ernannt worden ist. Die Amtsübernahme der Freiburger Erzbischöfe wird daher erst in einiger Zeit stattfinden.

Hd. Billingen, 29. Mai. Die Falschmünzangelegenheit, über die schon berichtet wurde, und zur Festnahme von fünf Personen, wovon der Hauptschuldige Kopf nach seinem Geständnis seinem Leben freiwillig ein Ende machte, führte, hat nun durch die Auffindung der Falschmünzwerkstätte ihre völlige Aufklärung gefunden. Sie konnte in der Rosenbrauerei in Albingen (Württemberg) entdeckt und ausgehoben werden. Geringfügig wurden im ganzen etwa 30 Fünfmarkstücke, die jedoch so schlecht gelungen waren, daß sie nicht in den Verkehr gebracht werden konnten und wieder eingeschmolzen werden mußten. Wie bekannt wird, ist die Teilnahme eines der Verhafteten damit zu erklären, daß er als Gläubiger des Brauereibesizers Kopf einen Betrag von 12 000 RM, von diesem zu beanspruchen hatte, und sich, um wieder in den Besitz seines Geldes zu gelangen, deshalb zu der Teilnahme verleiten ließ.

Hd. Geis (Amt Badshut), 30. Mai. Der in der vorigen Woche hier ausgebrochene Brand, dem ein altes Bauernhaus zum Opfer fiel, ist der erste Brand nach 300 Jahren in dieser Gemeinde.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Antlich)

	31. Mai		30. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.78	171.12	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	84.91	85.09	84.91	85.09
Italien . . . 100 L.	21.62	21.66	21.62	21.66
London . . . 1 Pf.	15.54	15.58	15.54	15.58
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweiz . . . 100 Fr.	82.39	82.55	82.37	82.53
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Vereinigung im Versicherungswesen des Handels, Handels und Gewerbes

Seit Jahrzehnten arbeiten in Deutschland 15 berufständische Krankenversicherungsanstalten, die von Handwerkskammern, Innungsaussschüssen, Einzelhandelsverbänden usw. gegründet wurden und den Zweck verfolgten, den gewerblichen Mittelstand (Handwerk, Handel und Gewerbe) einen umfassenden und preiswerten Versicherungsschutz gegen die finanziellen Auswirkungen einer Krankheit zu bieten. Wie uns von einer dieser Anstalten, der „Westdeutschen Versicherungsanstalt für selbständige Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende AG. zu Dortmund“ berichtet wird, haben drei dieser Anstalten, und zwar die „Versicherungsanstalt des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen zu Heidelberg“, die „Kranken- und Sterbefälle für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende AG. im Bezirk der Handwerkskammer Düsseldorf zu Düsseldorf“ und die „Westdeutsche Versicherungsanstalt für selbständige Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende AG. zu Dortmund“ unter Führung der letzteren beschlossen, ihre Geschäftsgebiete zusammenzulegen. Die Vereinigten Anstalten werden nunmehr den Namen führen: „Handwerk, Handel und Gewerbe, Krankenversicherungsanstalt AG. zu Dortmund“. Die Heidelberger Anstalt wird selbständige Zweigniederlassung haben und die Dortmunder und Düsseldorfer Anstalt bilden zusammen die Zweigniederlassung Dortmund.

Damit ist der erste Schritt getan, eine einzige große berufständische Anstalt zu schaffen, die sich im Westen Deutschlands vom Bodensee bis zur holländischen Grenze erstrecken soll. Die Anstalt wird über einen Mitgliederbestand von rund 187 000 Personen verfügen; ihre Beitragseinnahme wird rund elf Millionen Reichsmark betragen und die freien Reserven werden sich auf rund 3,5 Millionen Reichsmark belaufen. Sie wird mit zu den größten berufständischen Versicherungsanstalten Deutschlands und zur Spitzengruppe der deutschen privaten Krankenversicherung überhaupt gehören.

Die Lage in der Pforzheimer Industrie. Aus einer Umfrage der Handelskammer Pforzheim ergibt sich, daß in der Lohnwoche vom 9. bis 15. April d. J. bei 522 Firmen 12 347 Arbeiter beschäftigt waren mit 384 441 Arbeitsstunden. Setzt man die Beschäftigung von 1928 gleich 100 Prozent, so sank die Zahl der Belegschaft auf 57 Prozent und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden auf 35 Prozent (wöchentlich durchschnittlich 31 Stunden).

Allianz-Konzern. Die Generalversammlungen der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG., Berlin, und der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungs-AG., Stuttgart, genehmigten die Abschlüsse für 1931 mit wieder 12 Proz. Dividende bei Allianz und Stuttgarter Verein und 14 (16) Prozent Dividende bei Allianz und Stuttgarter Leben. In der Sachversicherung habe die Verschlechterung der Wirtschaftslage eine Schrumpfung um rund 10 Prozent gebracht. An sich sei das Geschäft noch befriedigend. Die Feuerversicherung habe sich günstig entwickelt.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 21

Preis: 20 Pfennig wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zugäglich Porto
vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14, bezogen werden

31. Mai 1933

Zum persönlichen Aufwand der Staatsverwaltung in Baden

Nach den Darlegungen des Herrn Finanzministers bei der Vorlegung des Haushaltsplans für 1932/33.

(Schluß)

Aus den vorgetragenen Gründen (Verschiebung des Verhältnisses zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, zwischen den Eingangs-, Aufstellungs- und Beförderungstellen, die Veränderungen im Aufbau des Wohnungsgeldtarifs) gelangt man zu keinem zureichenden Bild, wenn man nur, wie es früher vom Reichsfinanzministerium unternommen worden ist, die Befoldungsordnungen vor und nach dem Krieg unter sich vergleicht, indem jeweils die Hälfte der Summen des Anfangs- und Endgehalts der Befoldungsgruppen plus Wohnungsgeld miteinander verglichen und der Zuschlag für ein Kind hinzugerechnet wird. Sollte man ein genaues und erschöpfendes Ergebnis erzielen, so müßte jede Beamtenlaufbahn für sich verglichen und untersucht werden. Dies ist eine sehr umständliche Arbeit. Für die Feststellungen zum vorliegenden Haushaltsplan genügt folgendes Verfahren: Es werden die Gesamtbezüge der Beamten einer bestimmten Laufbahn, (diese selbst als Einheit aufgefaßt) planmäßig und außerplanmäßig zusammengefasst, durch ihre Kopfzahl geteilt, so erhält man die durchschnittlichen Bezüge dieser Art eines Vergleichs erfährt man nicht nur die Neuerungen auf dem Gebiet der Befoldungsordnungen, sondern auch die in der Nachkriegszeit eingetretenen Änderungen in den Stellenplänen (die Verschiebungen in der Zahl der Eingangs-, Aufstellungs- und Beförderungstellen) und beim Wohnungsgeld. Allerdings trinkt der Vergleich, wie zugegeben werden muß, an einem anderen Mangel, er berücksichtigt die Verschiebungen im Altersaufbau der Beamenschaft einer bestimmten Laufbahn nicht.

Die Durchführung der angegebenen Vergleichsart verschiedene Befoldungsgruppen führte zu folgenden Ergebnissen:

Die Bezüge der badischen Minister (heute vier) sind durchschnittlich genau so hoch wie im Jahr 1913, wenn man für dieses Jahr das Repräsentationsgeld des Ministers des Großherzoglichen Hauses mit jährlich 10 000 RM. außer Betracht läßt.

An vortragenden Räten (Ministerialräten) hatte Baden 1913 24, 1932 deren 25; ihre durchschnittlichen Bezüge beziffern sich 1913 auf 7702 M., heute dagegen auf 11 067 M., so daß hier eine Steigerung von 44 Proz. feststellbar ist.

Eine noch erheblichere Erhöhung der Durchschnittsbezüge weist die Befoldung der oberen Forstbeamten auf; diese Bezüge beliefen sich 1913 durchschnittlich auf 4501 M., 1932 dagegen auf 6347 M., Steigerung 52 Proz.

Ein ungünstigeres Bild zeigt die Entwicklung bei den oberen Beamten, bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, die vor dem Krieg gegenüber den oberen Beamtengruppen gehaltlich besser gestellt waren; nämlich 1913 mit durchschnittlich 5630 M. steigerten sie sich bis heute nur um 29 Proz. auf 7263 M.

Im gehobenen und einfachen mittleren Dienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften betragen die Durchschnittsbezüge vor dem Krieg 2870 M., heute dagegen 4315, was eine Verbesserung von rund 50 Proz. bedeutet; noch höher ist die Steigerung bei den Kanzlei- und Wachtmeister (früher Amtsdiener) Stellen der genannten Behörden, die 1913 durchschnittlich 1494 M., 1932 dagegen 2382 M. erhalten, das sind rund 70 Proz. höhere Bezüge.

Bei den unteren Beamten der Kreisverwaltung wird eine Steigerung um das Doppelte (1913: 1301 M., 1932: 2644 Reichsmark) festgestellt und dazu bemerkt, sie beruhe auf Verbesserung der Einstufung in der Befoldungsordnung.

Abschließend, und die angegebenen Vergleichsergebnisse mit der Bewegung des Lebenshaltungsindex in Beziehung gebracht, kommt der Herr Finanzminister zu dem Ergebnis, die Bezüge der badischen Staatsbeamten befähigen, abgesehen von

den Ministern, durchschnittlich 1932 trotz der Kürzungen einen höheren Kaufkraftwert als vor dem Krieg. Diese Verbesserung zeige sich bei den oberen Beamten am geringsten, bei den mittleren schon recht bedeutend und bei den Beamten des unteren Dienstes am stärksten. Die Unterschiede in der Bezahlung zwischen oberen, mittleren und unteren sind dadurch wesentlich geringer geworden. Dies mache es verständlich, unter weiterer Berücksichtigung der Tatsache, daß im Staatsvoranschlag 1932 nur 16 Proz. sämtlicher Beamtenstellen auf die oberen Befoldungsgruppen entfielen, warum 1932 die persönlichen Ausgaben trotz Kürzung noch sehr stark über dem Friedensbedarf liegen. Aus derselben Ursache rühre auch der gegenüber der Friedenszeit noch sehr hohe Bedarf für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung her, der 1913: 10 068 485 M. betrug und heute 22 041 650 M. erfordere, wobei allerdings auch ein Mehrbedarf wegen der notwendig gewordenen vorzeitigen Zurrücksetzungen von etwa 1 1/2 Millionen Reichsmark eingetreten ist, dem Ersparnisse von etwa 1/2 Million Reichsmark gegenüberstünden.

Der Deutsche Beamtenbund gegen die Beschäftigtensteuer

Nachdem bekanntgemacht ist, daß die in der neuen Verordnung vorgesehene Beschäftigtensteuer auch von den Beamten, und zwar auch von dem Einkommen unter 300 M. erhoben werden soll, für die Beamenschaft also die Freigrenze nicht gelten soll, richtete der Deutsche Beamtenbund ein Telegramm an den Reichskanzler, in dem gegen die geplante Belastung, weil eine Sonderabgabe darstellend, Einspruch erhoben und um Rücknahme vor der Entscheidung des Kabinetts eruchtet wird.

Da eine Anhörung der Beamenschaft als „beteiligter Bevölkerungskreis“ nicht erfolgte, sah sich die Bundesleitung genötigt, sich direkt an den Herrn Reichspräsidenten zu wenden. Gleichzeitig unterbreitete sie der Reichsregierung eine besondere Eingabe, in der Mittel und Wege aufgewiesen werden, um auf rein steuerlichem Gebiet neue Einnahmen zu ermöglichen. Dabei ist gedacht an eine Änderung der Umsatzsteuer-Freigrenze, da die geltende 5000-M-Freigrenze zur Folge gehabt habe, daß in unerwartetem Ausmaß auch bisher höhere Umsätze plötzlich unter die 5000-M-Freigrenze fielen. Auch die Einkommensteuer-Freigrenze für die Landwirtschaft (bis zu 6000 M.) gehe in den heutigen Zeiten zu weit, wo alle übrigen Berufsstände von einem Einkommen über 1200 M. Einkommensteuer zu zahlen hätten. Durch Ausbau der Verbrauchsteuer bei der Einkommensteuer (Erhöhung des Satzes von 15 000 M. in § 49 des Einkommensteuergesetzes auf etwa 8000 M.) wäre ein Mehrertrag an Einkommensteuer zu erwarten, zumal die Erfahrungen bei Zeichnung steuerfreier Reichsbahnleihe gezeigt hätten, daß recht beachtliche Einkommen und Vermögen unangemeldet waren. Schließlich wird auch die Vermögenssteuer-Freigrenze (20 000 M.) als zu hoch bezeichnet und behauptet, der Ausfall von Steuer übersteige die in dem Gesetzentwurf über die Steuervereinfachung angegebene Summe von 16 bis 18 Millionen ganz erheblich, weil auch hier die Zahl der Vermögen unter 20 000 M. durch die Abwertung zweifellos zugenommen habe. Auch seien die Arbeitsersparnisse keineswegs in dem damals behaupteten Umfang bei den Finanzämtern eingetreten.

Fahrradentschädigung bei Dienstreisen

Als Höchstmaß der Entschädigung für Benutzung eines eigenen Fahrrades war bisher allgemein der Betrag von 72 RM. jährlich festgelegt. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage des Reichs und auf die eingetretene Preissteigerung hat der Reichsverkehrsminister durch einen Erlaß vom 1. März 1932 — S. P. 4. 805 — im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister den Höchstmaß der Fahrradentschädigung vom 1. April 1932 ab auf jährlich 48 RM. herabgesetzt. Dabei ist eine Abstufung des Betrages nach dem Umfang der Benutzung des Rades für dienstliche Zwecke vorgeschrieben.

Tagung des Deutschen Lehrervereins in Koffok

Am 17. und 18. Mai d. J. versammelten sich neben 500 stimmberechtigten Mitgliedern annähernd 1500 Gäste des Deutschen Lehrervereins zur 40. Jahrestagung in der See- und Handelsstadt Koffok, um am ersten Tag rückschauend-kritisch zu überprüfen, was zu der unter vielen äußeren und inneren Hemmungen geleiteten gewerkschaftlichen Innenarbeit zu sagen ist und am zweiten Tag vorchauend, suchend und zielweisend die zeitlichen, großen kultur- und schulpolitischen Aufgaben zu durchdenken.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (Flügel) betonte in seinem Referat, daß es in der Arbeit jeder Organisation Zeiten gebe, wo das Vertrauen der Mitgliedschaft in höherem Maße beansprucht werde und in der die Organisation ihre innere Kraft erweisen müsse.

A. Meyer, Berlin, der Vorsitzende der Hauptstelle für Wirtschaftspragen im Deutschen Lehrerverein, stellte fest, Beamte und Lehrer erfreuten sich keiner besonderen Sympathie in der Bevölkerung. Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz werde durch die fortgesetzten Gehaltskürzungen und fernhin dadurch erschwert, daß die Parlamente sich selbst ausschalteten und Beamten- und Lehrerschaft von den Regierungen meistens vor die vollendeten Tatsachen gestellt würden. Auch die Eingriffe in die Beamtenrechte der Lehrer seien schwer zu ertragen. Die außerordentlich schwierige Lage der rund 45 000 Lehrämter aller Berufsgrade habe zur Gründung von Unterstützungsstellen gegen die Not der stellunglosen Mitglieder geführt, wobei der Deutsche Lehrerverein über 100 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt habe.

Am zweiten Tag behandelte der Vorsitzende des Vereins, S. Wolff, Berlin, in programmatischen Ausführungen Schule, Lehrerschaft und Deutscher Lehrerverein in der Gegenwart.

Obwohl schon in den Hauptreferaten der Jugendnot gedacht worden war, wurde sie noch als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und bei der Behandlung und Aussprache darüber folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Der DLB hat seit mehr als einem Jahrzehnt unablässig auf die ständig wachsende Not und Rechtsunsicherheit der deutschen Junglehrerschaft hingewiesen. Er hat die Forderung der Lehrerschaft von der Arbeit an der Jugend des Volkes stets als einen schweren Schaden für die Schule bezeichnet, die auf die stetige organische Eingliederung des jungen Lehrernachwuchses nicht verzichten kann. Der DLB fordert deshalb erneut, die für Schule, Jugend und Volk notwendigen und wertvollen Kräfte des jungen Lehrergeschlechtes nicht länger brach liegen zu lassen. Die unvermeidbare Ausweitung des pädagogischen Wirkungsfeldes benötigt erzieherisch geschulte Kräfte in großer Zahl. Der DLB fordert aus staatspolitischen und volkspädagogischen Erwägungen neben der Eingliederung in die eigentliche Schularbeit die unverzügliche Beschäftigung der Junglehrerschaft in allen pädagogischen Arbeitsgebieten.“

Deutscher Rechtsplegerstag in Leipzig

Die Landesvertretung der Rechtspleger in sämtlichen deutschen Ländern und in Österreich wird in Leipzig, dem Sitz des Reichsgerichts, des Sinnbildes deutscher Rechtsseinheit, am 4. und 5. Juni 1932, den diesjährigen Beratungen der Rechtspleger abgehalten. Die letzte Tagung fand 1930 in Danzig statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Beratungen steht der vom Reichsjustizministerium ausgearbeitete Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung, wobei insbesondere auf der beachtlichen Neuordnung der Zwangsvollstreckung Stellung genommen werden soll. Außerdem stehen zur Erörterung der Ausbau und die zukünftige Gestaltung des Rechtsplegerstages, die kürzlich auch Gegenstand einer Entschädigung des deutschen Richterstandes gewesen sind, sowie die hinsichtlich der Unterbringung des juristischen Nachwuchses vom Reichsbund der höheren Beamten aufgestellten Forderungen.

Küchen Eisschrank

Unsere neuen haben sich vorzüglich bewährt und sind sehr billig.

Preis von **RM. 198.-** an.

Eisverbrauch nur 1/4 Stange per Tag.

Karl Thome & Co.

Möbelhaus Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank.

Der neu errichtete Stadt- und Landbezirk VI, Sitz Pforzheim-Brüdingen, umfassend alle Gebäude zwischen Obere Springerstraße, der Bahnlinie Pforzheim-Wildbad und der nordwestlichen Gemarkungsgrenze, ferner die Gemeinden Dietlingen, Erlenmendingen, Diefenhausen, Röttingen, Weiler, Jittersbach und Langenalb ist auf 1. Juli d. J. zu befehen.

Veränderungen sind innerhalb von 4 Wochen, beginnend mit dem Tage des erstmaligen Erscheinens der Bekanntmachung in dieser Zeitung, unter Anschluß der vorgeschriebenen Belege beim Bezirksamt Pforzheim schriftlich einzureichen.

Pforzheim, den 28. Mai 1932. R. 979
Bezirksamt.

Färberei Karl Timeus

wird unverändert weitergeführt. Nach wie vor tadelloser fachmännische Arbeit bei billiger Berechnung

Marienstr. 19/21 Telef. 2938 Kaiserstr. 66 beim Marktplatz

Bezirksparkasse Kuppenheim

(Öffentl. Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	16 151,53	1. Spareinlagen	1 428 760,74
2. Guthaben bei Banken, Komm. Landesbanken und Postsparkasse	8 053,87	2. Aufwertungspar-einlagen	275 631,84
3. Wertpapiere	21 187,50	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	55 505,14
4. Wechsel	35 238,44	4. Anlehens- und andere Schulden	19 888,25
5. Darlehen a. Hypotheken	964 271,10	5. Ausgaberrückstände	—
6. Aufwertungsparaeinlagen	125 227,88	6. Rücklagen	
7. Grundstückaufgelde	1 525,—	a) gesetzl. Reservefonds	97 195,60
8. Darlehen in ffd. Rechnung an Private	353 733,92	b) Sonderrücklagen	30 173,63
9. Darlehen a. Schuldschein	254 537,94	7. Reingewinn vom Jahre 1931	23 011,51
10. Lombarddarlehen	2 750,—		
11. Darlehen an Gemeinden und öff. Körperschaften	98 160,—		
12. Einnahmerückstände	49 328,53		
13. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
14. Gerchäftskassen	1,—		
	1 930 166,71		1 930 166,71

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 6% aus 1 759 897,72 RM Einlagen . . . = 105 593,86 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . 150 380,74 RM
somit mehr . . . 44 786,88 RM

Kuppenheim, den 25. Mai 1932. R. 976
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Grathwohl.
Der Geschäftsführer: Schmoll.

Das Schiedsamt hat in seiner Sitzung vom 24. Mai 1932 folgende Ärzte zur Kasernenpraxis zugelassen:

1. Facharzt Prof. Dr. med. Adolf Albrecht Friedländer in Freiburg-Littenweiler, als Facharzt für Nerven- und innere Krankheiten für den Verteilungsbezirk Freiburg.
2. Dr. med. Kurt Mallweide in Konstanz als Facharzt für Nerven- und innere Krankheiten für den Verteilungsbezirk Konstanz.
3. Dr. med. Elisabeth Auch in Mannheim für Allgemeinpraxis für den Verteilungsbezirk Mannheim.
4. Facharzt Dr. med. Rudolf Warkert in Karlsruhe als Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten für den Verteilungsbezirk Karlsruhe.

Jeder zur Einlegung eines Rechtsmittels Berechtigte kann binnen zwei Wochen nach dem Ende der Ausnahmefrist (§ 46 Abs. 1 der Schiedsamtverordnung vom 28. April 1932) die Erteilung einer Ausfertigung des Beschlusses mit Gründen gegen Erstattung der dadurch entstehenden Kosten beantragen.

Karlsruhe, den 30. Mai 1932.

Der Vorsitzende des Schiedsamts für Ärzte und Krankenkassen.

Badisches Landestheater

Mittwoch, 1. Juni 1932
* A 30 (Mittwochmiete)
Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte

Rienzi

der letzte der Tribunen

Große Oper v. Rich. Wagner

Dirigent: Krüps
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blant, Fanz, Winter, Hospach, Kiefer, Löfer, Schoepflin, Schuster, Straß

Anfang 19 Ende 22 1/2, Preise D (0,90—5,70 RM)

Do. 2. 6. Hoffmanns Erzählungen. Fr. 3. 6. Die drei Musketiere. Sa. 4. 6. Die drei Musketiere. So. 5. 6. Neu einstudiert: Das Dreimäderlhaus.